

## BN-Studie: Bergwald leidet massiv!

### Staatsregierung verheimlicht verheerende Folgen der Bundeswaldgesetzänderung 2010 für die Bergwälder

Eine neue Studie des BUND Naturschutz in Bayern (BN) belegt, dass die Bundeswaldgesetzänderung 2010 schlimme Folgen für den Bergwald in den bayerischen Alpen hat. Nach einer Initiative der Bayerischen Staatsregierung wurden 2010 etwa 7.000 Hektar an schützenswerten Bergwald durch eine Bundeswaldgesetzänderung zu Almweiden deklariert. Die Staatsregierung hat deren fatale Auswirkungen immer bestritten und Informationen zu Verteilung und Umfang der betroffenen Flächen verheimlicht. „Wir können mit unserer BN-Studie belegen, dass bereits ab Herbst 2010 Verteilung und Flächenumfang der von der Änderung des Waldgesetzes betroffenen Bergwälder bekannt waren“, so BN-Bergwaldexperte Hans Kornprobst. „Wir sehen leider unsere schlimmsten Befürchtungen durch etliche Rodungen auf betroffenen Almen bestätigt“, so Hubert Weiger, Vorsitzender des BN. „Wir fordern deshalb Ministerpräsident Horst Seehofer auf, die Almwirtschaft so zu fördern, dass dies nicht zu Lasten der Bergwälder und ihre lebenswichtigen Schutzfunktionen geht.“ Dazu fordert der BN eine Bundesratsinitiative von Bayern, um die Bundeswaldgesetzänderung in dem Punkt rückgängig zu machen. Zudem müssen Bayerische Staatsforsten (BaySF) und Forstverwaltung die ihnen seit langem vorliegenden Daten und Karten veröffentlichen.

#### Bergwaldschutz früher – Bergwaldrodung heute

Die vormaligen Bayerische Staatsregierungen und Bayerischen Landtage engagierten sich mit mehreren Initiativen und Beschlüssen für den Erhalt des Bergwaldes. Die jetzige Staatsregierung setzte über den Bundesrat und die CSU-Landesgruppe im Bundestag im Juni 2010 die Umwidmung von schätzungsweise 7.000 Hektar Bergwald zu Weideland durch, ohne die landeskulturelle Bedeutung des Gebirgswaldes zu berücksichtigen. Es war das Ziel eine vermeintlich gefährdete Förderung der Almwirtschaft zu sichern. Die Staatsregierung hat sich vor der Gesetzesinitiative nicht über die flächenmäßigen Auswirkungen auf den Wald kundig gemacht, geschweige denn wurde im Landtag dazu debattiert. Die genauen Flächenangaben und Verteilung in den Alpenlandkreisen sind bis heute nicht bekannt, weil die Staatsregierung Angaben dazu seit nunmehr 3 Jahren verheimlicht.

Landesfachgeschäftsstelle  
Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg  
Tel. 0911/81 87 8-0  
Fax 0911/86 95 68  
lfg@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

München, 05. 08.2013  
PM 075-13/LFG

## Bayerische Waldflächenbilanz geschönt – Bergwaldverlust verheimlicht

So ist es auch zu verstehen, dass seit drei Jahren in der jährlichen offiziellen Waldflächenbilanz des Forstministeriums der riesige Waldverlust nicht berücksichtigt und kartenmäßig nicht öffentlich aufgezeigt wurde. Dem BUND Naturschutz liegen nun digital erstellte Karten mit Stand Ende 2010 vor, anhand derer die betroffenen Forstbetriebe der BaySF und die Forstverwaltung schon seit fast 3 Jahren detaillierte Angaben zum Flächenumfang und zur genauen Lage der InVeKoS-Flächen machen können. „Wir fordern, dass die Daten und Karten herausgegeben werden bzw. endlich eins und eins zusammengezählt wird, damit die vielen Anfragen der Verbände, des Bayerischen Landtages und des Bundestages korrekt beantwortet werden können“, so Weiger.

## Wenn aus Bergwäldern Almwiesen werden, steigt die Hochwassergefahr

Die anfangs vom BN geäußerten schwerwiegenden Bedenken haben sich bereits 3 Jahre nach der Bundeswaldgesetzänderung leider voll bestätigt. Es sind insgesamt große Staatswaldflächen betroffen, großflächige Bergwaldbereiche bis hin zu ganzen Berghängen. Auf den ersten privaten Almflächen wurden schon die Bäume „gerodet“ bzw. flächig entfernt. Auch für die ehemaligen Staatswälder, die jetzt Almflächen sind, belegen die Erfahrungen der letzte Jahrzehnte klar, dass künftig auch hier mit massiven Auflichtungen im Laufe der Jahre zu rechnen ist. Die dem BN vorliegenden Unterlagen belegen all diese Kritikpunkte eindeutig. „Die Staatsregierung darf nicht zusehen wie der Bergwald immer weniger und lückiger wird, und sich dann wundern, wenn Hochwasser an den Bächen und Flüssen immer häufiger und stärker auftreten“, so Weiger.

## BN fordert Rücknahme der Waldgesetzänderung und mehr Transparenz

Der BN fordert von der Bayerischen Staatsregierung, die bisher geheim gehaltenen Daten und Karten umgehend zu veröffentlichen und die Waldflächenbilanz für Bayern entsprechend zu korrigieren. Die Staatsregierung muss sich in einer Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass die Änderungen im Bundeswaldgesetz zu den beweideten Bergwäldern rückgängig gemacht werden. Durch den neu gesetzten Rahmen der EU-Agrarreform ergeben sich neue Spielräume für eine starke finanzielle Förderung der Almwirtschaft, ohne dass der Bergwald mit seinen immens wichtigen Gemeinwohlfunktion in seiner Fläche reduziert bzw. stark aufgelichtet werden muss. Der BN wird sich dafür einsetzen, dass diese Fördermöglichkeiten ausgeschöpft werden.

Für Rückfragen:

Dr. Ralf Straußberger, BN-Waldreferent, 0911 / 81 878-22, 0171 / 7381724

Landesfachgeschäftsstelle  
Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg  
Tel. 0911/81 87 8-0  
Fax 0911/86 95 68  
lfg@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

München, 05. 08.2013  
PM 075-13/LFG